



China.Table
Professional Briefing
#1330 / 18. Mai 2026

● Thema des Tages



Rainer Burkardt von Burkardt & Partner in Shanghai (Burkardt & Partner)

Lieferketten: „Europäer sind der Kollateralschaden“

Von Marcel Grzanna

China klagt über extraterritoriale Jurisdiktion der EU. Dabei greifen seine Verordnungen 834 und 835 weit in die strategische Unabhängigkeit ausländischer Unternehmen ein.

Für internationale Konzerne wird China zunehmend zum juristischen Minenfeld: Mit den Verordnungen 834 und 835 hat Peking im April ein Regelwerk geschaffen, das Lieferketten, Datentransfers und den Umgang mit Sanktionen enger unter staatliche Kontrolle stellt. Weil sie vom Staatsrat erlassen wurden, haben die Verordnungen quasi Gesetzescharakter.

Offiziell zielen die Maßnahmen auf die USA. In der Praxis geraten jedoch auch europäische Unternehmen mit Produktion oder Zulieferern in China zwischen die

Fronten. Order 834 etabliert ein System zur Überwachung von Lieferkettenrisiken als Teil nationaler Sicherheit. Wer etwa wegen US-Sanktionen Lieferanten wechselt oder Standorte verlagert, muss mit Prüfungen oder Sanktionen rechnen.

Order 835 richtet sich gegen ausländische Maßnahmen, die China als unzulässig einstuft. Behörden können Firmen und deren Manager persönlich sanktionieren, sollten diese die Geschäftsbeziehungen aus politischen Gründen abbrechen.

Beide Regelwerke wirken über China hinaus. 834 verlangt, dass globale Entscheidungen an chinesische Vorgaben angepasst werden müssen. Mit 835 können Handlungen außerhalb Chinas erfasst werden. Peking beklagt seinerseits „[extraterritoriale Jurisdiktion](#)“ durch Subventionskontrollen der EU.

Rainer Burkardt berät zahlreiche deutsche Unternehmen in China. Er ist Rechtsanwalt und Head of Practice & Gründer von Burkardt & Partner Rechtsanwälte in Shanghai. Im Gespräch mit *Table.Briefings* erläutert der Jurist die Implikationen der neuen Verordnungen.

Herr Burkardt, legen die Verordnungen 834 und 835 ausländischen Unternehmen in China die Daumenschrauben an?

So pessimistisch würde ich das nicht formulieren. Viele der Instrumente existierten in China schon vorher über das Anti-Foreign-Sanctions-Law, das Data Security Law oder über Exportkontrollen. Die Verordnungen geben China jetzt gebündelt die Möglichkeit, sich im Handelskrieg mit den Amerikanern zur Wehr zu setzen. Ihre Verabschiedung Anfang April binnen einer Woche waren vor dem Trump-Besuch sicherlich ein Signal an die Amerikaner. Grundsätzlich geht den Chinesen bei dem Regelwerk vor allem darum, die erforderliche Resilienz her- und sicherzustellen.

Europäische Unternehmen sind davon aber ebenfalls betroffen.

Ja. Die Europäer sind der Kollateralschaden. Vor allem dann, wenn sie, wie viele unserer deutschen Mandanten, sowohl auf dem amerikanischen als auch auf dem chinesischen Markt vertreten sind.

Welche Unternehmen geraten bei 834 und 835 ins Visier?

Große globale Akteure kommen nicht darum herum, sich genau mit den Verordnungen zu beschäftigen. Es kann aber sicherlich auch mittelständische Unternehmen treffen, die in sensiblen technologischen oder industriellen Bereichen aktiv sind. Aber der größte Teil der Firmen, auch der deutschen, wird wenig Berührungspunkte mit den Verordnungen haben. Wenn sie nicht in die oben genannten Bereiche fallen, ist deren Risiko eingeschränkt.

Ausländische Unternehmen werden vor die Entscheidung gestellt, sich an eigene nationale Gesetze zu halten oder an chinesische Vorschriften.

Auch das ist nichts grundlegend Neues und ich sehe keinen Grund zur Panik, solange die Unternehmen gut vorbereitet sind. In Bezug auf die Verordnung 835 ist es wichtig,

Verbotsverfügungen aus den USA genau im Auge zu behalten. So lang die nicht erlassen sind, droht kein Ungemach von chinesischer Seite. Bei 834 ist es etwas komplizierter, weil auf Basis des Gesetzeswortlauts, nicht ganz klar wird, wann der Verstoß beginnt. In jedem Fall benötigen Unternehmen, die die Zusammenarbeit mit chinesischen Zulieferern beenden wollen, viel Fingerspitzengefühl. Hier sollte vor der Vertragsbeendigung überlegt werden, wie man die Gründe formuliert, ohne in den Bereich des 834 zu kommen.

Wenn Verordnungen verhindern, dass ein Unternehmen China verlässt, verliert es seine strategische Unabhängigkeit.

Sicherlich büßen die Firmen mit den Verordnungen einen Teil ihrer Souveränität ein. Aber die Frage ist, ob das praktisch relevant ist. Tatsächlich ist es doch so, dass immer mehr Unternehmen in den chinesischen Markt reingehen, statt ihn zu verlassen. Die produzieren in China für China und für die Region Apac.

Wird es Unternehmen geben, die aus Sorge vor Verstößen, auf eine Auslagerung nach China verzichten?

Das hängt davon ab, mit wem sie im Unternehmen sprechen. Das Risiko-Management einer Firma wird möglicherweise vor China warnen. Aber wenn sie dann die Geschäftsführung fragen, werden die sich die Zahlen anschauen und sagen, dass sie auf China nicht verzichten können oder wollen.

Wie vertragen sich die Verordnungen mit dem deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz?

Wenn deutsche Firmen gegen chinesische Verordnungen verstoßen, weil sie ihren Zulieferern im Sinne des 834 „rechtswidrige“ Fragen stellen müssen, die das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beantwortet haben möchte, sehe ich ein größeres Risiko. Möglich, dass sich Strafen durch das BAFA häufen, wenn sich deutsche Einkäufer aufgrund des 834 nicht mehr trauen, die vom BAFA geforderten Informationen bei ihren chinesischen Lieferanten abzufragen.

*Alle Rechte vorbehalten. **

E-Mail wird nicht richtig angezeigt? [Hier zur Webansicht](#)